

Rücknahme der Antireformen - oder „unter Protest begleiten“?

Mit wachsender Unruhe fragt die große gesellschaftliche Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und Jugend in diesem Lande, wie es möglich ist, dass die krisengeschüttelte und sich zunehmend isolierende bürgerliche Koalitionsregierung Merkel in diesem Spätherbst die schlimmsten Antireformen, begleitet von weiteren, ebenso antisozialen Maßnahmen, im Parlament durchpeitschen und auf sie nieder prasseln lassen kann.

Von den Protestaktionen der Gewerkschaften jedenfalls lässt sich Merkel nicht daran hindern.

Während Zehntausende Arbeitnehmer und Jugendliche sich trotz allem gegen diese Regierungsmaßnahmen mobilisieren und mit dem Willen zu den Demonstrationen strömen, diese zu verhindern, lassen die Gewerkschaftsführungen keinen Zweifel über das Ziel, das sie diesen „Protestaktionen“ setzen: sie sollen nicht die Maßnahmen der Regierung verhindern. Sie sollen deren Verabschiedung und Umsetzung unter Protest begleiten und, wenn möglich, „korrigieren“.

Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber „will mit den Herbstaktionen auf eine nachhaltige politische Betätigung setzen. Die Veränderung gesellschaftlicher und politischer Mehrheiten ist das sprichwörtliche Bohren dicker Bretter. Am Ende muss sich der Wille zur Veränderung auch in Wahlentscheidungen ausdrücken.“

Die „gesellschaftliche Mehrheit“ für die unterschiedene Ablehnung der Merkel-Reformen ist da. Und sie ist kampfbereit. Soll ihr nichts anderes übrig bleiben, als heute „unter Protest“ die Regierungsschläge hinzunehmen und sich in „nachhaltiger politischer Betätigung“ für die nächsten Wahlen zu üben?

Huber rechtfertigt seine Handlungsanweisungen an die deutschen Arbeitnehmer und Gewerkschaften mit Blick auf die Streiks und Demonstrationen von Millionen französischen Arbeitnehmer und ihren Gewerkschaften gegen die Antireformen von Sarkozy: Solche Kämpfe „passen nicht zu Deutschland.“

Sein DGB-Vorstandskollege Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di, vertritt die Position: „Von der Protestkultur in

Frankreich können wir uns eine Scheibe abschneiden“ und folgert: „Ich finde, dass wir auch in Deutschland ein politisches Streikrecht brauchen.“

Um welche Kämpfe geht es in Frankreich?

Millionen französische Arbeiter haben sich im Konflikt mit einigen Gewerkschaftsführungen in gewerkschaftlich organisierten Streiks und darauf gestützten Demonstrationen für die Rücknahme der Renten„reform“ mobilisiert. Als aber die Gewerkschaftsführungen sich schließlich weigerten, die Arbeitnehmer zum vereinten Streik bis zur Rücknahme aufzurufen und zu organisieren, konnte Sarkozy den Spielraum nutzen und seine Renten„reform“ verabschieden.

Die von den Gewerkschaften organisierten Streiks und Demonstrationen der Arbeitnehmer für die Verteidigung ihrer Interessen gegen Regierungsmaßnahmen, die diese Interessen mit Füßen treten: soll das „nicht zu Deutschland passen“, keinen Platz in Deutschland haben?

Es ist offensichtlich, Huber und die DGB-Führung beugen sich noch immer der weitgehenden Einschränkung des Gewerkschaftsstreikrechts auf den Tarifkampf durch die Rechtsprechung des BAG in den 50er Jahren. Damit wurden Gewerkschaftsstreiks gegen Regierungsmaßnahmen ebenso untersagt wie gegen Unternehmerentscheidungen für Entlassungen, Verlagerung, Schließung, bzw. im Öffentlichen Dienst gegen Arbeitgeberentscheidungen für Stellenstreichungen, Privatisierungen und Schließungen. Das ist eine antidemokratische, eine Unrechtsprechung. Sie verstößt gegen die verfassungsrechtliche Garantie des demokratischen Grundrechts der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf gewerkschaftlich organisierten Streik zur Verteidigung aller wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer. Die Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmer gegen Regierungsmaßnahmen, die tief in die sozialen Rechte und Errungenschaften der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften einschneiden, wenn nötig auch mit dem einzig ernsthaften Kampfmittel, dem Streik, das ist die ureigene Aufgabe der Gewerkschaften.

Die Ablehnung des Sparpakets, der

Rente mit 67 und der Gesundheitsreform/Kopfpauschale der Regierung Merkel durch die Arbeitnehmerschaft erteilt der Gewerkschaftsführung das Mandat zur Organisation des Kampfes dagegen.

Der ver.di-Vorsitzende Bsirske rechtfertigt die Beschränkung auf nur „protestierende Aktionen“ mit dem Fehlen des „politischen Streikrechts“ in Deutschland. Ist Bsirske in seiner Verantwortung als Gewerkschaftsvorsitzender bereit, sich jener Aufgabe und jenem Mandat zu stellen und sie zu übernehmen? Ist er bereit, das Recht der Gewerkschaft auf den Einsatz des wichtigsten gewerkschaftlichen Kampfmittels einzufordern und zurückzuerobern? Dann braucht es nicht den Ruf nach dem Geschenk eines „politischen Streikrechts“ an die Adresse der Regierung, die damit bekämpft werden soll.

In den jeweiligen Mitgliedsgewerkschaften des DGB mehren sich seit Wochen die Stimmen von Kollegen, die eine gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung von Betrieben und Verwaltung, gestützt auf Arbeitsniederlegungen und Streik, für eine zentrale Demonstration nach Berlin, zum Sitz der Regierung, fordern: für die Forderung nach Rücknahme und Aufhebung der Antireformen der Regierung Merkel, des Sparpakets, der Rente mit 67 und der Gesundheitsreform/Kopfpauschale.

Auch die SPD-Führung weigert sich beharrlich, dem Willen der arbeitenden Bevölkerung zu entsprechen und wirklich den Kampf gegen die drei Antireformen zu führen, dafür, dass diese Maßnahmen gestoppt und zurückgenommen werden.

Die organisierte Mobilisierung der Arbeitnehmer durch ihre Gewerkschaften hilft Hunderttausenden SPD-Mitgliedern und –Wählern im Bruch mit der Politik der SPD-Führung ihren Platz an der Seite der kämpfenden Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften für die vereinte Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung und Jugend einzunehmen, mit dem Ziel, das zerstörerische Antireformenwerk der Regierung Merkel zu stoppen.

Carla Boulboulé